

Beispielloser Schritt
Die EU-Kommission hat ein Sanktionsverfahren gegen Polen eingeleitet. 2

Langer Traum
Vier Cupfinals haben die BSV-Handballer verloren - heute soll der Fluch enden. 16

Nahes Skigebiet
Die weisse Pracht ist für Berner Kinder nah - auch das Eis auf dem Bundesplatz. 19



Ljudmila Ulitzkaja
Die russische Autorin scheut sich nicht davor, die Mächtigen zu kritisieren. 25/26

Anzeige

Schenken Sie blinden Kindern Freude!
Schenken Sie Fassadenelemente für das neue Wohnheim:
www.spenden.blindenschule.ch

Der Bund

AZ 3000 Bern 1

Donnerstag, 21. Dezember 2017 – 168. Jahrgang, Nr. 298 – Fr. 4.– (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung – gegründet 1850

Heute im «Bund»

Burkaverbot
Gegenvorschlag will Täter bestrafen

Wer eine Frau zwingt, sich zu verschleiern, soll bestraft werden können. Diesen indirekten Gegenvorschlag will der Bundesrat der Burka-Initiative entgegenstellen. Damit stösst er auf gemischte Reaktionen. – Seite 5

Importe
Bundesrat schlägt Massnahmen gegen Hochpreisinsel vor

Die meisten Güter sind in der Schweiz teurer als im nahen Ausland. Ein Grund dafür sind Deklarationsvorschriften, die hierzulande gelten. Der Bundesrat will diese und Importzölle sowie Importformalitäten abschaffen. – Seite 10

Bier
Berner Brauerei Felsenau in neuen Händen

Das Traditionsunternehmen Brauerei Felsenau hat einen neuen Patron. Ab nächstem Jahr übernimmt der Berner Bernard Fuhrer das Ruder. Zuvor hat die Gründerfamilie intensiv eine geeignete Nachfolge gesucht. – Seite 11

Besondere Sporthelden
Die 101-jährige Sprinterin und der Champion im Eierwerfen

Wie eine über 100 Jahre alte Dame im Sprint brillierte, ein Neuseeländer das Ei 81 Meter weit warf oder ein Kanadier über die Biermeile Bestzeit lief – ein amüsanter Rückblick auf einige nicht gewürdigte Sportrekorde 2017. – Seite 14

«Berner Woche»
Nostalgie, Spass und Auflösungserscheinungen

Heimatnostalgiker: Georg Schlunegger von der Gruppe Heimweh im Streitgespräch. – Ausgehhilfe: Wohin an Silvester? – Ehebrecherin: Anna Karenina im Kino. – Weihnachtsspassmacher: Timmermahn. – Provokateur: «Belshazzar» im Münster. – Trouble-Macherin: Evelinn Trouble verrät ein Geheimnis. – Und: Der Gitarrist Christoph Gygax erklärt, warum sich die Berner Metalcore-Gruppe Breakdown of Sanity auf dem Karrierehöhepunkt auflöst. – Seiten 27 bis 31

Service

- Meinungen/Leserbriefe – 8
- Todesanzeigen/Danksagungen – 12
- Börse – 13
- Kinoprogramm – 20/31
- Fernsehen & Radio – 22
- Wetter – 23
- Berner Kultur – 30

Anzeige

Neu: bärenstarke BEKB Vorsorgefonds.
Jetzt kostenlos zeichnen
bekb.ch

Bundesrat droht Brüssel mit Gegenmassnahmen

Nach dem Affront vonseiten der EU steht die Kohäsionsmilliarde auf der Kippe.

Christoph Lenz und Stephan Israel

Die vermeintliche Versöhnung zwischen der EU und der Schweiz ist vom Tisch. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich einstimmig dem Vorschlag der EU-Kommission angeschlossen, die Schweizer Börsenregulierung nur für ein Jahr anzuerkennen. Der Grund für die aus Schweizer Sicht unerwartete Befristung sei, dass die Verhandlungen zu einem institutionellen Rahmenabkommen nicht rasch genug vorankämen, hiess es in Brüssel.

Für den Bundesrat ist dieses Ergebnis eine grobe Brückierung. Verschiedene Bundesräte hatten jüngst ultimativ verlangt, dass die sogenannte Äquivalenzanerkennung durch die EU bis Ende Jahr

erfolgen müsse – als Gegengeschäft für die Kohäsionsmilliarde. Der Finanzplatz Schweiz erfülle die Bedingungen für eine volle und unbefristete Anerkennung, erklärte Bundesratssprecher André Simonazzi. Eine beschränkte Anerkennung komme einer Diskriminierung der Schweiz gegenüber anderen Drittstaaten gleich. Dies habe Bundespräsidentin Doris Leuthard dem EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker gestern auch mitgeteilt.

Der Bundesrat will sich nun «angemessene Massnahmen» überlegen, um auf das Vorgehen Brüssels zu reagieren. Beobachtern zufolge könnte das Ergebnis sein, dass die in Aussicht gestellte Kohäsionsmilliarde für Ost- und Südeuropa

auf Eis gelegt wird. Der Entscheid zur befristeten Äquivalenzanerkennung wird offiziell zwar erst heute in Brüssel durch die Kommission getroffen. Er gilt aber nur noch als Formsache.

EU hält sich Hintertür offen

Die Börsenanerkennung ist von grosser Bedeutung für den Schweizer Börsenbetreiber SIX. Fällt die Anerkennung weg, so würde die Schweizer Börse einen erheblichen Teil ihrer Handelsvolumina verlieren, sagt ein Sprecher. Die EU-Kommission hält sich eine Hintertür offen: Bei genügend Fortschritt bei den Fragen zum institutionellen Rahmenabkommen bis Ende 2018 werde die Anerkennung verlängert. – Seite 5

Kommentar

Fabian Renz

Bitte kein Maulheldentum

Da hat es ein paar Landesmütter und -väter offensichtlich kalt erwischt. Die EU will die Schweizer Börse in Unsicherheit halten: Nur für ein Jahr anerkennt sie unsere Börsenregeln als gleichwertig mit den ihrigen. Danach droht dem hiesigen Börsenbetreiber SIX quasi die Ächtung, sollte es politisch keine «substanziellen Fortschritte» für ein Rahmenabkommen gegeben haben. Bundespräsidentin Doris Leuthard und ihre Mitregierenden reagieren konsterniert auf das Muskelspiel – und pumpen sich nun ebenfalls auf Gefechtsgrösse auf: Wenn die EU Ernst macht und die unbefristete Anerkennung verweigert, werde man «geeignete Massnahmen» prüfen, tönte es gestern aus dem Bundesrat.

Endlich mal starke Worte, werden sich manche denken. Leider weckt das Krisenmanagement der Regierung wenig Vertrauen. Das Hauptproblem dabei ist nicht, dass man die Gefahr augenscheinlich unterschätzte, als EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker vor einigen Wochen zu Besuch weilte – und alles harmonisch schien. Dass ein Verhandlungspartner unvermittelt die Position wechselt, kann geschehen. Auch ist der Regierung die Unzufriedenheit der EU nicht anzulasten. Brüssel wird registriert haben, wie die gefühlte Hälfte des Parlaments mit einem Nein zur Kohäsionszahlung an Osteuropa kokettiert – und mindestens zwei Drittel ihre Unlust zu einem Rahmenabkommen kundtun. Jetzt wird eben Druck aufgesetzt, fraglos auf wenig faire und ziemlich systemfremde Weise.

Wie aber verschiedene Bundesratsmitglieder darauf reagiert haben: Das verstört. Präventiv wird Vergeltung angekündigt, wird insinuiert, man könnte die Kohäsionszahlung stoppen. Johann Schneider-Ammann erklärte die Börsenanerkennung gar zur zwingenden Bedingung für den Ostbeitrag. War dem Minister bewusst, was er sagte? Würde die Regierung dies tatsächlich durchziehen, unter Inkaufnahme einer Eskalation? Wie koordiniert und überlegt die bundesrätlichen Wortmeldungen waren, ist unklar. Klar ist aber: Nichts schadet der eigenen Position mehr, als vorschnell den starken Max zu spielen – und am Ende doch klein beizugeben.

Wintersonnenwende – jetzt geht es wieder aufwärts



Foto: Adrian Moser

Heute ist der kürzeste Tag. In Bern steigt die Sonne bloss noch 19,5 Grad über den Horizont. Warum das so ist? Erstaunlich viele Leute wissen es nicht so genau. Für sie hat Gerhard Joos aus Köniz ein Buch geschrieben. Zentrales Thema: die geneigte Achse der Erde. (db) – Seite 17

Die Linke kritisiert Bersets Rentenpläne

Der Bundesrat orientiert sich bei der Neuauflage der Rentenreform an den Forderungen der Bürgerlichen. AHV und berufliche Vorsorge will er mit zwei getrennten Vorlagen sichern. Das Frauenrentenalter soll auf 65 Jahre erhöht werden, die Kompensation wird jedoch weitaus geringer ausfallen als bei der vom Volk verworfenen Reform. Deshalb zeichnet sich be-

reits jetzt der geschlossene Widerstand von SP und Gewerkschaften ab. Sie wollen die Erhöhung des Frauenrentenalters bekämpfen, wenn im Gegenzug keine Erhöhung der AHV-Renten erfolgt. Bürgerliche und Wirtschaftsverbände zeigen sich hingegen wohlwollend gegenüber den Plänen, die SP-Bundesrat Alain Berset gestern präsentierte. (br/hä) – Seite 7

Ausländer brechen die Lehre häufiger ab

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat erstmals erhoben, wie viele Lehrlinge ihren Vertrag vorzeitig auflösen. Von den 60 500 Jugendlichen, die im Sommer 2012 eine Lehre begonnen haben, brachen 12 500 die Ausbildung ab – das ist jeder fünfte. Besonders hoch sind die Quoten mit über 30 Prozent im Coiffeur- und im Gastgewerbe. Auffällig ist

auch der grosse Unterschied zwischen im Ausland geborenen und einheimischen Lernenden: Erstere lösten die Lehrverträge deutlich häufiger auf als Schweizer. Laut Experten gibt es dafür verschiedene Gründe: sprachliche Probleme, Diskriminierung und mangelhafte Kenntnisse des dualen Schweizer Bildungssystems. (fko) – Seite 11

Heute mit «Mietmarkt»
Seite 10

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12, Internet www.derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch
Verlag Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11 Fax 031 330 36 86 Inserate Tamedia Advertising, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71, Mail: inserate@derbund.ch Abonnement Tel. 0844 385 144 (Lokalтариф), Mail: abo@derbund.ch



Tiefere Preise dank erleichtertem Import

Im Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz will der Bundesrat Schweizer Produktedeklarationen und Zölle einseitig abschaffen. Wie stark die Massnahmen die Konsumentenpreise senken, kann heute niemand beziffern.

Andreas Valda

Das Preisniveau der von Haushalten konsumierten Güter und Dienste liegt in der Schweiz fast 60 Prozent höher als in den westlichen 15 EU-Ländern. Das Phänomen wird als Hochpreisinsel Schweiz bezeichnet. Die Gründe dafür sind je nach Produkt unterschiedlich. Höhere Löhne und Grundstückspreise sind nur für einen kleinen Teil verantwortlich. Dem hohen Preisunterschied will der Bundesrat nun mit einem Bündel von Massnahmen entgegen treten.

Er schlägt vor, Deklarationspflichten für Importprodukte zu reduzieren, Importformalitäten abzubauen und eine Mehrzahl der Zölle einseitig abzuschaffen. Wie stark diese Massnahmen die Preise zu senken vermögen, kann heute niemand beziffern. Der Bundesrat nennt Beispiele – etwa für Holzmöbel. Ein identischer Einrichtungsgegenstand ist in der Schweiz teurer als in Deutschland. Der Preisunterschied hängt offenbar erheblich von Schweizer Deklarationsvorschriften ab.

Kostet ein Holzstuhl in Deutschland umgerechnet 100 Franken, bezahlt der Konsument für den gleichen Stuhl – sofern keine Deklarationspflicht besteht – hierzulande 112 Franken. Bei gewissen Holzarten muss der Importeur zusätzlich den Handelsnamen und die Holzart deklarieren. Besteht diese Pflicht, kostet der gleiche Stuhl im Schnitt 128 Franken. Die Schweizer Vorschrift führt also zu einem Zuschlag von 14 Prozent. EU-Händler müssen nur deklarieren, ob das Holz aus legalem Abbau stammt.

Weitere potenziell preistreibende Handelshemmnisse findet der Bundesrat bei Schweizer Vorschriften für Alcopops, bei gewissen Lebensmitteln, bei gewissen Holzstoffen und bei Haushaltsgerä-



Auf Alcopop-Flaschen muss in der Schweiz heute die Angabe «Alkohohaltiges Süssgetränk» aufgedruckt sein. Foto: Keystone

ten. Ein Beispiel: Importierte Alcopop-Flaschen, etwa Wodka mit Limonaden, tragen schon heute die Angabe, wie viel Alkohol drinsteckt – zum Beispiel 5 Prozent Volumenalkohol. Dennoch müssen Importeure heute zusätzlich «Alkohohaltiges Süssgetränk» aufdrucken.

Ähnliche Hindernisse gibt es bei importierten Lebensmitteln bezüglich der Deklaration keimtötender Bestrahlung

(etwa von Haselnüssen), Angaben zu gentechfreien Inhaltsstoffen und Negativdeklarationen wie «ohne Gentechnik hergestellt». Mit einer Angleichung an die EU-Deklarationsvorschriften könnten in der Schweiz die Preise gesenkt werden.

Der Vorbehalt des Bundesrats

Der politisch heikelste Vorschlag ist der einseitige Abbau der Importzölle – zum

Beispiel für Autos, Körperpflegeprodukte, Haushaltsgeräte, aber auch für Industriegüter. Der Bundesrat will 6000 von 8000 Zollklassen abschaffen. Die Konsumenten würden laut einem gestern publizierten Bericht um 0,1 Prozent sparen, die Preise für Industriegüter gar um 2,6 Prozent. Aber auch die Zolleinnahmen des Bundes würden um eine halbe Milliarde Franken kleiner. Ob der

Bund auf diese Einnahmen verzichten kann oder wie er sie kompensiert, ist umstritten. Noch vor zehn Tagen ist das federführende Departement von Johann Schneider-Ammann an der Geldfrage gescheitert. Gestern erhielt er vom Gesamtbundesrat zwar die Zustimmung, aber das Gremium wollte sich nicht festlegen, wann Schneider-Ammann das Paket realisieren darf. In der Mitteilung heisst es diplomatisch: «Die Erarbeitung der Vernehmlassungsvorlage wird eng auf die steuerpolitische Agenda des Bundesrats abgestimmt». Nur wenn der Bundesrat eine halbe Milliarde dafür reserviert, kann Schneider-Ammann handeln.

Mehr Wachstum, mehr Exporte

In Konkurrenz stehen Grossprojekte wie die gestern aufgelegte AHV-Reform, die Unternehmenssteuerreform, die Reform der Familienbesteuerung und die der Verrichtungssteuer. Alle generieren potenziell Verluste in Milliardenhöhe. Demgegenüber wäre eine halbe Milliarde wenig. Im Bericht lässt das Wirtschaftsdepartement denn auch durchschimmern, dass der Verlust aus Einnahmen kleiner wäre als die jährlichen Unsicherheiten im Bundesbudget.

Auch brachte Schneider-Ammann gestern neue Fakten ins Spiel: Sollte der Abbau realisiert werden, würde die Welt der Schweiz um jährlich 0,9 Milliarden Franken stärker wachsen. Arbeitsplätze würden geschaffen. Die Produktivität und das Arbeitseinkommen stiegen. Die Exporte erhöhten sich um 0,4 Prozent. Die Wirtschaft könnte jährlich 100 Millionen Franken Bürokratieaufwand sparen. Als Folge würden der Bund jährlich 80 Millionen, die Kantone 70 Millionen Franken zusätzliche Steuern einnehmen. Und der Einkaufstourismus würde schrumpfen.

ABB verkauft Geschäftsteile

Der Industriekonzern ABB trennt sich von mehreren Aktivitäten in seinem Geschäft mit Ingenieursstätigkeiten, Anlagenbau und Beschaffungswesen (EPC). Betroffen sind drei von vier Divisionen, einige Tätigkeiten werden dabei in Joint Ventures ausgelagert. Mit diesen Massnahmen wolle ABB die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, den Schwerpunkt der Geschäfte auf wachstumsstarke Segmente verlagern und das Risiko senken, teilte ABB mit. Die Neuausrichtung erfolge im Rahmen der vor drei Jahren formulierten Next-Level-Strategie. (sda)

Anzeige

MIETMARKT

Gewerberäume

p|s|p
Swiss Property

Wir vermieten per sofort oder nach Vereinbarung grosszügige Gewerbefläche oder Open Space Büroräumlichkeiten an der Effingerstr. 47 in **Bern**

Grossraumbüro/ Gewerbebüro ca. 453 m²

Nettomiete pro Monat CHF 8'943.75
NK-Akonto pro Monat CHF 900.00
Die Flächen können individuell nach Ihren Bedürfnissen ausgebaut werden.

Interesse? Rufen Sie an:
PSP Management AG
Pascal Mäder
Baslerstr. 44, 4600 Olten
Tel. 062 919 90 07*
pascal.maeder@pss.info

Teure Atomkraftpannen

Die Axpo spricht vor allem von der unrentablen Wasserkraft. Aber auch die Pannen von Beznau und Leibstadt belasten das Ergebnis.

Yvonne Debrunner

Ein Begriff macht in der Elektrizitätsbranche seit einiger Zeit die Runde: «Missing Money». Axpo, Alpiq und Co. wollen mit dem Schlagwort auf ungedeckte Kosten hinweisen. Auf die Tatsache also, dass sie den Strom derzeit zu tieferen Preisen verkaufen müssen als die Produktion kostet. Wegen des fehlenden Geldes würden Investitionen in die Wasserkraft aufgeschoben, was letztlich die Versorgungssicherheit gefährde, argumentieren sie. Die Sichtweise ist umstritten. Die Energiekommission des Bundes (Elcom) kam diesen Sommer in einer eigenen Berechnung zum Schluss, dass das sogenannte «Missing Money» lediglich die Marge der Energiekonzerne schmälere. Und auch wenn Alpiq und Axpo tatsächlich in Schwierigkeiten

steckten, verfügten deren Aktionäre über solide Finanzen und seien folglich in der Lage, die negativen Ergebnisse auszugleichen. Weitere Stützungsbeiträge für die Wasserkraft seien unnötig.

Eine Million Franken pro Tag

Andrew Walo, Chef des zweitgrössten Schweizer Energiekonzerns Axpo, sprach an der gestrigen Bilanzmedienkonferenz in Zürich ebenfalls vom «Missing Money». Er konnte es sogar beziffern. 198 Millionen Franken habe es bei den Wasserkraftwerken der Axpo betragen, sagte er – das neue Pumpspeicherwerk Linth-Limmern ausgenommen. Die Stromproduktion der Wasserkraftwerke habe also 198 Millionen mehr gekostet, als mit dem Verkauf des Stroms im vergangenen Geschäftsjahr eingenommen worden sei. Die Axpo schliesst ihr Geschäftsjahr per Ende September ab.

Aber nicht nur die Wasserkraft drückte das Resultat der Axpo, sondern auch deren Atomkraftwerke. Der Axpo und ihren Tochterunternehmen gehörten 100 Prozent an Beznau, 53 Prozent an Leibstadt und 38 Prozent an Axpo tatsächlich in Schwierigkeiten

nen Geschäftsjahr einzig Gösgen «nach Plan und ohne Unterbruch», wie das Kraftwerk monatlich meldete. Beznau 1 steht hingegen seit März 2015 wegen Unregelmässigkeiten im Material des Reaktordruckbehälters still. Die Axpo geht davon aus, dass sie es im Februar wieder hochfahren kann. Jeder Tag, an dem Beznau 1 nicht läuft, kostet die Axpo 300 000 Franken, wie Walo gestern sagte – also rund 10 Millionen monatlich.

Auch Leibstadt stand im vergangenen Geschäftsjahr rund ein halbes Jahr lang unplanmässig still. Der Grund: Oxidationen an Hüllrohren der Brennstäbe. Ein Tag Stillstand von Leibstadt kostet eine Million. Da das Kraftwerk zur Hälfte der Axpo gehört, belastete sie der Ausfall mit einer halben Million pro Tag.

Erster Gewinn nach drei Jahren

Wegen der Pannen verlor die Axpo im vergangenen Geschäftsjahr mehr Geld mit der Atomkraft als mit der Wasserkraft. Um wie viel die Kosten die Einnahmen überstiegen, wies die Axpo nicht aus. Walo bestätigte aber die Berechnung eines Journalisten, der die Einbusen bei rund 400 Millionen veran-

schlugte. Allerdings gelte das nur für das vergangene Geschäftsjahr, sagte Walo. Wenn Beznau 1 und Leibstadt voll produziert, würden sich die Einbusen signifikant reduzieren. Rentabel wären die Kraftwerke aber auch dann nicht. Wegen der tiefen Marktpreise leisten sie derzeit nur einen Deckungsbeitrag. Aber wegen der hohen Fixkosten eines Atomkraftwerks lohnt es sich das Kraftwerk weiterzubetreiben, auch wenn die Einnahmen nur einen Teil der Kosten decken. Denn wird das Kraftwerk abgeschaltet, fällt der grösste Teil der Kosten weiterhin an. Einnahmen gibt es aber gar keine mehr.

Trotz der tieferen Einnahmen aus dem Stromverkauf schrieb die Axpo im vergangenen Geschäftsjahr erstmals nach drei Verlustjahren wieder einen Gewinn. Nach einem Milliardenverlust im Vorjahr betrug das Ergebnis nun 310 Millionen Franken. Die schwarzen Zahlen sind primär darauf zurückzuführen, dass wegen der wieder leicht steigenden Strompreise im Gegensatz zu den Vorjahren nur noch geringe Wertberichtigungen vorgenommen werden mussten.

Kurz

Medtech Geldspritz für das Berner Start-up Retinai

Das Jungunternehmen Retinai erhält von der Förderinitiative Venture Kick 130 000 Franken. Die Firma Retinai Medical mit Sitz in Bern ist ein Spin-off-Unternehmen der Universitäten Bern und Lausanne. Die drei Gründer Stefanos Apostolopoulos, Carlos Ciller und Sandro De Zanet haben eine Software zur Erkennung von Augenkrankheiten entwickelt. Mittels künstlicher Intelligenz soll eine automatisierte Bildanalyse die Früherkennung von Erblindungsursachen wie altersbedingte Makuladegeneration, diabetische Retinopathie und grüner Star ermöglichen. Retinai arbeitet mit dem Inselspital zusammen und hat auch einen Förderbeitrag von der kantonalen Standortförderung erhalten. (su)

Warum ausländische Lehrlinge die Ausbildung öfter abbrechen

Jeder fünfte Lernende schliesst seine Lehre nicht wie geplant ab. Das zeigen neue Zahlen des Bundes.

Franszka Kohler

Die Lehre ist für viele der Start ins Erwachsenenleben, die Grundlage für eine erfolgreiche Karriere. Doch für jeden fünften Lehrling verläuft diese Zeit anders als erwartet. Laut neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik (BFS) lösen 21 Prozent der Lehrlinge ihren Vertrag vorzeitig auf, einige von ihnen sogar mehrmals.

Das BFS führte Buch über 60 500 junge Frauen und Männer, die ihre Ausbildung im Sommer 2012 angefangen haben. Rund 12 500 von ihnen haben ihren Vertrag aufgelöst, bevor die Lehre fertig war. Das bedeute nicht zwingend, dass diese abgebrochen worden sei, schreibt das BFS. Es könne auch sein, dass die Lehrlinge einen neuen Vertrag bekommen hätten, etwa in einem anderen Betrieb. Oft seien aufgelöste Verträge aber das Resultat von ungenügender Information zum Beruf oder Lehrbetrieb – oder von mangelnden Leistungen, sagt Irene Kriesi vom Eidgenössischen Hochschulinstitut für Berufsbildung. Die Hälfte der Lehrlinge, die ihren Vertrag auflösten, haben das im ersten Lehrjahr getan. Danach nimmt die Quote mit jedem Jahr ab. Am häufigsten kommt es bei Coiffeuren und Coiffeusen sowie im Gastgewerbe zum Bruch: Mehr als 30 Prozent aller Lehrlinge geben bei diesen Ausbildungen die ursprüngliche Stelle auf. In der Verwaltung, der Sozialarbeit oder der Chemie sind es nur etwa mehr als 10 Prozent.

Sprachprobleme und Unwissen

Aus den BFS-Zahlen sticht vor allem etwas hervor: die grossen Unterschiede zwischen im Ausland geborenen und Schweizer Lehrlingen. Bei Ersteren lösten 29 Prozent ihren Lehrvertrag auf, bei Schweizern waren es im Schnitt 19 Prozent. In der Schweiz geborene Ausländer liegen mit einer Quote von 24 Prozent dazwischen.

Auch die Wiedereinstiegsquote unterscheidet sich je nach Herkunft. Während 80 Prozent der Schweizer Lehrlinge mit aufgelöstem Vertrag danach einen neuen unterschrieben haben, waren es bei den im Ausland Geborenen 67 Prozent.

Die Gründe für diese Unterschiede seien noch wenig untersucht, sagt Irene Kriesi. Sie glaubt, dass sprachliche Schwierigkeiten eine Rolle spielen. Zudem wisse man aus anderen Untersuchungen, dass Junge mit Migrationshintergrund bei der Lehrstellensuche teilweise diskriminiert würden. Und dass

Richter bremsen Uber aus

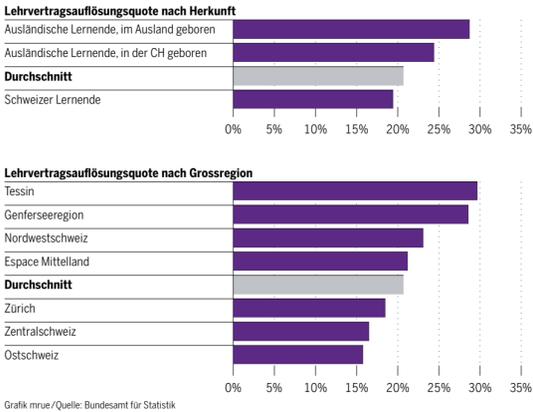
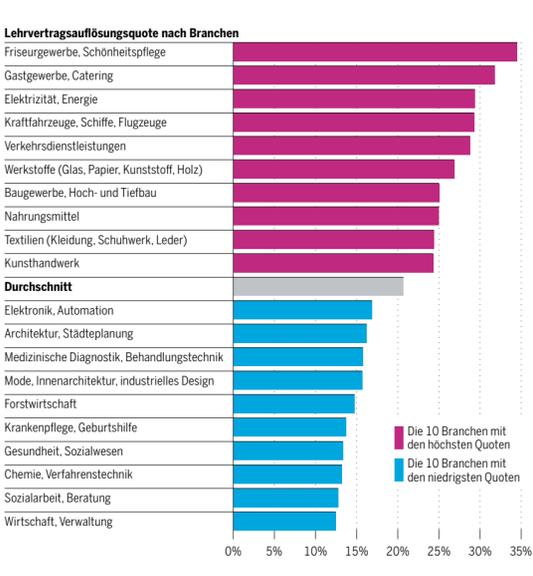
Der US-Fahrtvermittler muss sich in der EU den Regeln für die Taxibranche unterwerfen. Das wird Folgen haben.

Jan Schmidbauer und Jan Willmroth

Als Uber vor einigen Jahren in Europa antrat, sah das aus wie ein ungleicher Kampf. Auf einmal war da ein junges Unternehmen aus Kalifornien, angeführt von einem frechen Softwareentwickler namens Travis Kalanick, ausgestattet mit Milliarden Dollar, bereits weltweit aktiv mit dem Anspruch, die Zukunft der Mobilität in den Städten neu zu definieren. Dagegen kam die Taxibranche mit ihren strengen Regeln und starren Preisen daher wie ein weiteres Gewerbe, das die Digitalisierung verschlafen hat und jetzt überrollt wird.

Die Richter am Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg haben nun vor gestern in einem Urteil mit Taxidiensten gleichgesetzt. Über muss sich den nationalen Regeln für die Taxibranche unterwerfen, und zwar in jedem Mitgliedsstaat. Übers Vermittlung von privaten Fahrern unter dem Namen Uber Pop, sei als «Verkehrsdienstleistung» einzustufen, urteilen die Richter.

Im Coiffeurberuf kommt es am häufigsten zum Bruch



Über hatte argumentiert, es sei mit seinem App-Angebot lediglich ein Vermittler von Fahrten und kein Transportunternehmen. Die eigentlichen Dienstleister seien die Fahrer. In der Sprache des Europarechts wäre Uber damit nur ein «Dienst der Informationsgesellschaft». Hätten die Richter das anerkannt, wäre Uber von vielen Regeln verschont geblieben, die für klassische Taxi- und Mietwagenfirmen gelten.

Der Ursprung des EuGH-Urteils liegt in einem Prozess in Barcelona, wo der Taxisverband Elite Taxi Uber verklagt hatte. Der katalanische Richter hatte den Fall im Juli 2015 zur Vorabentscheidung an den Europäischen Gerichtshof verwiesen und damit die Frage aufgeworfen, wie Uber nach europäischem Recht zu behandeln sei.

In Luxemburg befassten sich 15 Richter mit dem Fall; ihr Urteil ist ungewöhnlich eindeutig und entspricht ziemlich genau der Stellungnahme des Generalanwalts Maciej Szpunar von Anfang Jahr. Die App sei für Fahrer und Kunden unerlässlich, Übers Vermittlung damit «integraler Bestandteil einer Gesamtdienstleistung, die hauptsächlich aus einer Verkehrsdienstleistung besteht», teilte das Gericht mit.

Über Enttäuschung blieb überschaubar. «Dieses Urteil wird in den meisten Ländern, in denen wir schon mit einer Transportlizenz auftreten, nichts ändern», teilte das Unternehmen mit. «Es werden allerdings weiterhin Millionen von Europäern daran gehindert, Apps wie unsere zu benutzen.» In den USA, wo der Markt weniger streng reguliert ist, erledigen private Fahrer den Grossteil des Uber-Geschäfts.

Das gestrige Urteil kommt für den neuen Uber-Chef Dara Khosrowshahi zur

sie ihre Ausbildungssituation im Schnitt negativer bewerteten als einheimische Lehrlinge. «Das lässt vermuten, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund oft Lehrstellen erhalten, die unterdurchschnittliche Ausbildungsbedingungen bieten», sagt Kriesi – womit sich auch das Risiko erhöht, dass sie scheitern.

Viele ausländische Familien wüssten zudem wenig über die Schweizer Berufsbildung, sagt Niklaus Schatzmann, Leiter des Zürcher Mittelschul- und Berufsbildungsamtes. «Gleichzeitig möchten sie für ihr Kind das Beste erreichen.» Dabei unterschätzen sie häufiger die Anforderungen. Und peilen deshalb bisweilen ein zu hohes Niveau im gewählten Berufsfeld an – was wiederum ein Scheitern wahrscheinlicher mache.

Engere Begleitung gefordert

Die Zahlen des BFS decken sich mit einer Studie der Universität Bern, welche die «SonntagsZeitung» kürzlich publik machte. Die Forscher untersuchten die Laufbahn von 13 000 Schulabgängern. Und fanden heraus, dass Kinder von Zuwanderern auf der Sekundarstufe II – also in der Lehre, der Fachmittelschule oder am Gymnasium – häufiger sitzen bleiben, «hinausfliegen», selber abbrechen oder ein Zwischenjahr machen.

Theo Ninck warnt aber davor, solche Zahlen mit einem langfristigen Scheitern gleichzusetzen. «Entscheidend ist, was am Ende der Berufsbildung herauskommt», sagt der Präsident der Schweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz aus dem Kanton Bern. «Wer beim ersten Anlauf Mühe hat, kann trotzdem zu einem erfolgreichen Abschluss kommen.» Bei den 2-jährigen Lehren zum Beispiel – den sogenannten Grundbildungen mit Berufsattest – sei die Erfolgsquote von Schweizer Jugendlichen und solchen mit Migrationshintergrund ähnlich hoch: 80 bis 83 Prozent aller Lehrlinge schliessen diese Ausbildungen ab. Einerseits seien die Anforderungen bei den 2-jährigen Lehren tiefer. Andererseits könnten die Lehrlinge bei Schwierigkeiten enger begleitet werden. «Solche Möglichkeiten sollte es bei 3- und 4-jährigen Lehren auch geben», findet Ninck. «Allerdings fehlen dafür momentan die finanziellen Mittel.»

Im Kanton Zürich sind laut Niklaus Schatzmann schon Massnahmen umgesetzt, um Lehrlinge in schwierigen Situationen zu unterstützen. Aufgrund der BFS-Zahlen werde nun geklärt, «inwiefern diese Massnahmen ausreichen respektive ob für diese Gruppe weitere Massnahmen notwendig sind».

Brauerei Felsenau in neuen Händen

Die Gründerfamilie der grössten Berner Brauerei hat intensiv nach einer Nachfolgelösung gesucht. Denn ein Verkauf an eine Grossbrauerei kam für sie nicht infrage. Und so übernimmt der Berner Bernard Fuhrer ab nächstem Jahr das Ruder bei Felsenau. Fuhrer sei wegen seiner betriebswirtschaftlichen Kompetenz und der Verankerung in der Region ein idealer Nachfolger. Er werde die Tradition und die bisherige Unternehmensstrategie weiterführen, teilten der Verwaltungsrat und der neue Patron gestern mit. So bleiben auch die gegenwärtigen Strukturen und die Arbeitsplätze erhalten, wie die Brauerei in einem Communiqué versichert.

Die Gründerfamilie bleibt finanziell an der Brauerei beteiligt und ist mit den bisherigen Geschäftsführern, Stefan Simon und Martin Thierstein, auch im Verwaltungsrat vertreten. Zudem wird Simon in einer Übergangphase Fuhrer als Co-Geschäftsführer zur Seite stehen. Fuhrer selber kommt nicht aus dem Brauereigewerbe. Der 37-jährige Familienvater hat an der Universität Bern Betriebswirtschaftslehre studiert und arbeitet heute als Leiter Corporate Finance Mittelland beim Beratungsunternehmen BDO. In seiner Funktion habe er zahlreiche KMU bei Nachfolgeregelungen und in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen beraten, schreibt Felsenau. Er freue sich nun auf die neue Herausforderung als Unternehmer, wird Fuhrer zitiert.

Die Brauerei Felsenau wurde 1881 gegründet und ist heute mit einem Bierausstoss von 25 000 Hektolitern hinter Rugenbräu die zweitgrösste Brauerei im Kanton Bern und die grösste der Stadt. (szi)



Bernard Fuhrer. Stefan Simon.

Kurz

Abgasskandal Über 98 Prozent der VW-Autos in der Schweiz umgerüstet

Rund zwei Jahre nach Bekanntwerden des VW-Abgasskandals ist die Umrüstung von Autos in der Schweiz weitgehend beendet. Die VW-Generalimporteurin Amag bezeichnet die Rückrufaktionen als erfolgreich. In der Schweiz seien über 98 Prozent der VW-Modelle und 95 Prozent über alle Marken mit dem Software-Update ausgestattet worden, teilte Amag mit. Das Ziel, den Rückruf bis Ende 2017 abgeschlossen zu haben, sei faktisch erreicht. Am Ziel, 100 Prozent umzurüsten, halte man fest. (sda)

Finanzindustrie Brasilien klagt Schweizer Ex-BSI-Banker an

Die brasilianische Generalstaatsanwaltschaft hat einen ehemaligen Banker der inzwischen von der EFG übernommene Tessiner BSI-Bank angeklagt. Dem spanisch-schweizerischen Doppelbürger wird Geldwäscherei von 21,7 Millionen Dollar Bestechungsgeldern im Umfeld des Skandals um den staatlichen Ölkonzern Petrobras vorgeworfen. Der Vermögensberater wurde Ende November am Flughafen São Paulo, wo er von der Schweiz aus eingetroffen war, festgenommen. (sda)

Mode Investorengruppe erwirbt die Marke Fogal

Die Strumpfmärke Fogal wird weitergeführt. Der Schweizer Unternehmer Edouard Burrus buche mit einer Investorengruppe die Marke gekauft, wurde gestern mitgeteilt. Die früheren Besitzer der Strumpffirma haben im Oktober den Konkurs angemeldet. Vom Aus für Fogal und der zum Unternehmen gehörenden Marke Lacho von Switzerland waren 35 Mitarbeiter betroffen, acht Filialen mussten per sofort schliessen. Fogal gehörte von 2009 bis 2015 Denner-Erbe Philippe Gaydoul. (bwi)